

Eliten in der modernen Demokratie

Fragestellungen, theoretische Ansätze und Ergebnisse der Eliteforschung

Elite: das sind die Mächtigen

In den Sozialwissenschaften wird der Begriff der Elite vorwiegend verwendet, um die Gruppe der Mächtigen in einem Sozialsystem zu bezeichnen, wobei es sich bei diesem sozialen System um eine *Organisation*, eine *Gemeinde* oder aber eine *Gesamtgesellschaft* handeln kann. Mit dieser allgemeinen Begriffsbestimmung ist das Definitionsproblem jedoch zunächst nur verschoben, denn nun erhebt sich die Frage, was unter sozialer und politischer Macht zu verstehen ist¹).

Wie lassen sich nun die Mächtigen in einer Gesellschaft bestimmen? Als allgemeines Definitionsmerkmal mag hier zunächst genügen, daß soziale Macht *Einfluß auf gesamtgesellschaftlich wichtige Entscheidungen* bedeutet. Dieser Einfluß muß zudem Ausdruck einer mehr oder weniger *dauerhaften Machtstruktur* sein, d.h. zufällige oder einmalige Teilnahme an Entscheidungsprozessen ist nicht hinlänglich für die Zugehörigkeit zu einer Elite²). Ein solcher Elitebegriff ist rein *formaler* Natur, das heißt er beinhaltet lediglich die Annahme, daß *Macht* in Gesellschaften *ungleich verteilt* ist, sagt hingegen nichts über die Gestalt und die Merkmale gesellschaftlicher Eliten aus. Er läßt offen, ob es sich bei einer bestimmten Elite um eine *herrschende Klasse*, eine *kohäsive Machtelite* (im Sinne von Establishment) oder um eine Konfiguration von weitgehend *autonomen* und *pluralistischen* Führungsgruppen handelt, aus welchen *Basisgruppen* ihre Mitglieder rekrutiert werden, ob diese ihre Macht zum Wohl oder Wehe einer Gesellschaft einsetzen.

Elite und „Masse“: scharf einander gegenübergestellt?

Viele *Elitetheorien* gehen zumindest implizit von einem *dichotomen* Gesellschaftsbild aus; d. h. sie unterteilen Gesellschaften in die Eliten einerseits und die Nicht-Eliten oder „Masse“ andererseits. Dies wird

besonders deutlich bei *Field* und *Higley* (1983), die den Nicht-Eliten nur eine negativ bestimmte Funktion zuweisen, nämlich daß sie die Entscheidungsspielräume von Eliten einengen. Eine solche Dichotomie läßt sich jedoch nicht ohne weiteres aus dem Elitebegriff ableiten. Demnach sind Eliten zwar die Personen, die an der Spitze einer Machtpyramide stehen, aber sie sind nicht notwendigerweise vom Rest der Gesellschaft deutlich abgehoben. Zwar mag die tatsächliche Machtverteilung in manchen Gesellschaften eher dem dichotomen Gesellschaftsbild vieler Elitetheoretiker entsprechen, inwieweit das im einzelnen der Fall ist, muß jedoch als eine empirische Frage betrachtet werden.

Die Komplexität *moderner Gesellschaften* bringt es mit sich, daß Macht in ihnen eher *kontinuierlich* als dichotom verteilt und zugleich auf einen Bereich *legitimer* Machtausübung beschränkt ist (vgl. *Scheuch*, 1973: 1030). Entsprechend wird jeder, der den Umfang der Elite einer modernen Gesellschaft konkret zu bestimmen versucht, die Schwierigkeit verspüren, ein eindeutiges *Abgrenzungskriterium* zu finden. Die Vorstellung einer Elite-Masse-Dichotomie ist daher für solche Gesellschaften unangemessen. Jede differenziertere Betrachtung erweist zudem, daß sowohl die Elite als auch die „Nicht-Elite“ sich hier sinnvoll nur als in sich wiederum vielfältig differenzierte Gebilde begreifen lassen und es sich dabei nicht um eine strategische Kleingruppe (Elite) einerseits und eine amorphe Masse andererseits handelt. Eine solche Differenzierung ist notwendige Voraussetzung einer empirischen Bestimmung des *Grades*, zu dem Eliten sich im Hinblick auf ihre soziale Herkunft, ihren Lebensstil, ihre Einstellungen und andere Merkmalen von anderen Bevölkerungsgruppen unterscheiden.

Für *demokratische Industriegesellschaften* zeigen die bisherigen Forschungsergebnisse, daß die Eliten sich im Hinblick auf ihre *sozio-demographischen Merkmale* kaum von den Angehörigen der *Oberen Mittelschicht* unterscheiden, aus der das Gros von ihnen auch stammt. Während die Obere Mittelschicht ganz allgemein das soziale Rekrutierungsreservoir der Eliten darstellt, ist es in bezug auf die *Karrieremuster* und die *Kommunikationsbeziehungen* von Eliten sogar sinnvoll, diese mit noch kleineren gesellschaftlichen Teilgruppen zu vergleichen. Die Ausdifferenzierung gesellschaftlicher *Sektoren*, wie zum Beispiel Politik, öffentliche Verwaltung, Massenmedien, Industrieunternehmen, Verbände usw., hat zu einem tendenziellen *Auseinandertreten der Karrieremuster* und Rollendefinitionen in diesen Bereichen geführt, das erwarten läßt, daß die Eliten jedes dieser Sektoren mehr Gemeinsamkeiten mit der zweiten Führungsebene ihres eigenen Sektors als mit den Eliten anderer Sektoren aufweisen. Dies macht es sinnvoll, von *sektoralen Eliten* und *Subeliten* (mittleren Führungsschichten) zu sprechen.

Welche Handlungsspielräume haben Eliten?

Während *marxistisch* orientierte Autoren und Modernisierungstheoretiker davon ausgehen, daß Machtstrukturen und damit auch das Verhalten von Eliten weitgehend durch *sozioökonomische* Strukturen bestimmt sind, zeichneten sich die *klassischen* Elitetheoretiker wie etwa *Vilfredo Pareto* oder *Gaetano Mosca* durch einen dezidiert voluntaristischen Ansatz aus, das heißt sie schrieben Eliten sehr große Handlungsspielräume für die Gestaltung gesellschaftlicher Entwicklungen zu. Die *heutigen sozialwissenschaftlichen Elitetheorien* nehmen demgegenüber eine *mittlere Position* ein. Sie billigen Eliten einen begrenzten Handlungsspielraum zu, der zudem noch als variabel angenommen wird³). Dies bedingt gleichzeitig die Annahme einer historischen Kontingenz von Ereignissen, zu der meist zusätzlich noch die weitere Annahme kommt, daß das Verhalten von Eliten sehr viel unmittelbare Konsequenzen für die gesellschaftliche Entwicklung hat als das Verhalten einfacher Bürger.

Daraus darf man nun allerdings nicht schließen, daß Eliteforschung sich in erster Linie auf die Untersuchung historischer Kontingenzen beschränkt. Vielmehr beschäftigt sie sich – wie alle sozialwissenschaftlichen Forschungsrichtungen – mit den *strukturellen Begrenzungen und Regelmäßigkeiten*, denen soziales Handeln unterliegt. Im Gegensatz zu Theorien, die von der Determinationskraft sozioökonomischer Faktoren ausgehen, berücksichtigt sie neben diesen jedoch auch Merkmale der Macht- und Elitenstruktur, das heißt sie geht davon aus, daß es in ein und demselben Gesellschaftstyp (zum Beispiel einer Industriegesellschaft) *verschiedenartige Machtkonstellationen und politische Systeme* geben kann. Dabei ist sie durchaus auch an systematischen Zusammenhängen zwischen sozioökonomischen Merkmalen und solchen der Machtstruktur interessiert, zum Beispiel zwischen Wirtschaftssystem und politischen Institutionen oder zwischen den vorherrschenden Mustern sozialer Mobilität und der sozialen Kohärenz von Eliten. Das bedeutet, daß sie von der Annahme einer zumindest partiellen Unabhängigkeit beider Gruppen von *Strukturfaktoren* ausgeht. Ihr Interesse gilt dabei jedoch vorwiegend *strukturellen Zusammenhängen*, nicht dem dezisionistischen Aspekt sozialen Handelns. Dies unterscheidet die sozialwissenschaftliche Eliteforschung von historischen Studien, deren Anliegen in erster Linie in der Erklärung singulärer Ereignisse besteht.

Viele theoretische Ansätze zur Erklärung von Machtstrukturen verzichten allerdings gänzlich auf Eliten als handelnde Akteure. Die Debatte um die Bedeutung von „Nicht-Entscheidungen“ für das Verständnis gesellschaftlicher Machtstrukturen ist dafür ein prominentes Beispiel. Diese wurde ausgelöst durch einen Aufsatz von *Bachrach* und *Baratz* über die „zwei Gesichter der Macht“ (1962), in dem die Autoren darauf hinwiesen, daß die systematische Ausblen-

dung bestimmter Entscheidungsmaterien aus der politischen Debatte einen wesentlichen Aspekt von Machtstrukturen darstellt. Während *Bachrach* und *Baratz* dabei allerdings Nicht-Entscheidungen durchaus noch auf die Aktivitäten von Individuen zurückführten, haben andere Autoren bei ihrer Analyse von Machtstrukturen individuelle Präferenzen gänzlich ausgeklammert und sich ausschließlich auf die Konsequenzen sozioökonomischer Strukturfaktoren beschränkt (vgl. dazu *Offe*, 1973; *Lukes*, 1974).

Es sind jedoch nicht ausschließlich marxistische Autoren und Modernisierungstheoretiker, die Machtstrukturen lediglich unter Rückgriff auf sozioökonomische Faktoren erklären wollen. Auch die Analyse von *Institutionen* verzichtet vielfach auf handelnde Individuen. Noch kann man davon ausgehen, daß die Wahl der theoretischen Perspektive die Wahl des verwendeten Datentyps bestimmt. So kann die geringe Erklärungskraft von Aggregatdaten, beispielsweise von Indikatoren der wirtschaftlichen Lage für die Investitionsbereitschaft von Unternehmen, als Beleg für die Bedeutung psychologischer Faktoren herangezogen werden. Und umgekehrt kann man Daten über Individuen dazu benutzen, strukturelle Faktoren zu untersuchen, zum Beispiel Karrieremuster. *Domhoffs* Arbeiten sind ein Beispiel für eine solche Verwendung von Individualdaten über Eliten zur Untersuchung struktureller Mechanismen, nämlich der politischen Dominanz einer herrschenden Klasse in den USA (1983: 211 ff.).

Von daher empfiehlt es sich, bei der Analyse der Handlungsspielräume von Eliten drei Dinge auseinanderzuhalten:

- die *metatheoretische Position*, das heißt die Annahme der Existenz substantieller *Handlungsspielräume* von Eliten oder die Annahme einer weitgehenden strukturellen *Determiniertheit* des Elit Handelns;
- die *Wahl der Erklärungsfaktoren*, die entweder struktureller Natur (zum Beispiel Industrialisierungsgrad) oder aber Merkmale von Eliten (zum Beispiel deren politische Präferenzen) sein können;
- die Art der benutzten *Daten*, nämlich Daten über Individuen oder Daten über sozioökonomische oder politische Strukturen.

Demokratie bringt zwangsläufig eine pluralistische Elitenstruktur mit sich

Vielfach ist auf das theoretische Spannungsverhältnis von Demokratie und Eliten hingewiesen worden (vgl. *Bottomore*, 1966: Kap. 6). Dieses wurde besonders von solchen Autoren betont, die Demokratie mit der Abschaffung von Herrschaft gleichgesetzt haben. Ein solcher Demokratiebegriff spielt in manchen normativen Demokratietheorien eine Rolle, er hat hingegen wenig Bedeutung für die empirische Sozialwissenschaft. Hier wird unter „Demokratie“ lediglich ein spezieller Typ von Herrschaft verstanden, der eine „Zähmung der Herr-

schaft“ durch die Begrenzung der Kompetenzen von Regierungen beinhaltet (Albert, 1986)⁴).

Demokratien zeichnen sich durch die zwei Grundprinzipien der *Assoziationsfreiheit* sowie der Institution *allgemeiner und freier Wahlen* zur Besetzung politischer Herrschaftspositionen aus, sind jedoch mit einem hohen Maß an sozialer und politischer *Ungleichheit* vereinbar. Beide Grundprinzipien schließen daher die Existenz von Eliten nicht aus, haben aber Konsequenzen für deren Struktur. Die Assoziationsfreiheit bedingt die Existenz *unabhängiger Machtzentren*, auf deren Anzahl und Machtfülle die Inhaber politischer Herrschaftspositionen nur bedingt Einfluß haben. In Verbindung mit freien Wahlen ist sie zudem unauflöslich mit der Existenz *konkurrierender politischer Parteien* verbunden. Dies bringt zwangsläufig eine *pluralistische Elitenstruktur* mit sich.

Während die Konsequenzen der Demokratisierung politischer Herrschaftsinstitutionen für gesellschaftliche Machtstrukturen und damit auch für die Struktur von Eliten von Anbeginn thematisiert wurden, haben Sozialwissenschaftler ihr Augenmerk in den letzten Jahrzehnten zunehmend auch auf die aktive *Rolle von Eliten bei der Einführung und Stabilisierung demokratischer Institutionen* gerichtet. Diese neueren Arbeiten sind in erster Linie als Reaktion auf das Scheitern modernisierungstheoretischer Erklärungsansätze entstanden, die die Erwartung geweckt hatten, die sozioökonomische Entwicklung moderner Gesellschaften werde quasi automatisch auch zu deren Demokratisierung führen. Diese optimistische Erwartung wurde durch die politischen Entwicklungen des 20. Jahrhunderts nicht erfüllt. Der Erfolg des Nationalsozialismus in Deutschland, das Fortbestehen eines traditionell-autoritären Herrschaftssystems in Japan bis 1945, die kommunistische Machtübernahme in den osteuropäischen Ländern nach 1945 sowie die diskontinuierliche politische Entwicklung vieler Länder der Dritten Welt machten vielmehr deutlich, daß der Modernisierungsprozeß nicht notwendigerweise Konsequenzen für die politische Ordnung einer Gesellschaft hat.

Neuere sozialwissenschaftliche Theorien betonen daher eher die *Unabhängigkeit von Sozialstruktur und politischer Ordnung*. Sie schreiben der *politischen Kultur* eines Landes und insbesondere auch den *Eliten* einen eigenständigen Beitrag für die politische Entwicklung zu (u. a. Lepsius, 1969; Neubauer, 1969; Scheuch, 1973). In den letzten Jahren sind zudem vermehrt Arbeiten erschienen, die den „Sonderweg des Westens“ betonen, das heißt auf die besonderen *historischen Bedingungen* hinwiesen, unter denen es zur Entwicklung demokratischer Institutionen in Westeuropa und als Folge davon auch in Nordamerika, Australien, Neuseeland und Japan gekommen ist. *Geographische* und *kulturelle Faktoren* haben demnach für die Entwicklung der Demokratie eine mindestens ebenso große Rolle gespielt wie ökonomische (vgl. Weede, 1988; Albert, 1986; Kaltefleiter, 1986).

Die Rolle der Eliten bei der Etablierung einer liberal-repräsentativen Demokratie

Insbesondere *Field* und *Higley* schreiben in ihren Arbeiten (vor allem 1983 und 1985) den Eliten eine ausschlaggebende Rolle bei Demokratisierungsprozessen zu. Die Autoren diskutieren drei Situationen, in denen sich ihrer Meinung nach stabile liberal-repräsentative Institutionen entwickeln können⁵):

- Im Falle der Besetzung eines Landes durch eine *fremde Macht*, sofern diese den heimischen Eliten weitgehende Autonomie bei der Verwaltung ihrer eigenen Angelegenheiten gewährt. Solche Eliten sind geneigt, bei Erlangung der völligen Unabhängigkeit demokratische Institutionen einzuführen. Explizit nennen die Autoren hier die früheren britischen Kolonien USA, Kanada, Neuseeland und Australien sowie die Bundesrepublik (1983: 52). Das Beispiel der Bundesrepublik ist jedoch problematisch, da das theoretische Argument der Autoren eigentlich in erster Linie Kolonien gilt, in denen sich die Führungsgruppen der besetzten Gebiete im vereinten Kampf gegen die fremde Herrschaft entschieden, sich gegenseitig zu respektieren und die Macht nach Erlangung der vollen Souveränität einvernehmlich zu teilen. Strenggenommen trifft dies von den genannten Beispielen nur auf die USA zu, während man in der Bundesrepublik und auch in den anderen genannten Ländern nur bedingt von einer nationalen Widerstandsbewegung gegen die Fremdherrschaft sprechen kann.
- Durch *freiwillige Übereinkunft* sich vorher offen bekämpfender Eliten. Beispiele: England 1688 bis 1689, Schweden 1809, Mexiko 1933 (1983: 52).
- Durch evolutionäre Entwicklung vorher *instabiler demokratischer Verhältnisse*, indem radikale Oppositionsparteien die bestehenden politischen Institutionen zunehmend akzeptieren. Als Beispiele werden hier Dänemark und Norwegen in den dreißiger Jahren sowie Frankreich 1981 genannt (1983: 55).

Diese Klassifizierung wird allerdings nicht theoretisch-systematisch abgeleitet und vermittelt eher den Eindruck, als sei sie induktiv von den Autoren entwickelt worden, um die herangezogenen Fallbeispiele unterzubringen. Zudem sind die gewählten Beispiele teilweise problematisch, da die politische Realität nicht in allen der genannten Länder unstrittig dem liberal-repräsentativen Modell entspricht (zum Beispiel in Mexiko, Singapur und dem ehemaligen Rhodesien), während andererseits einige demokratische Länder fehlen⁶).

Eine weitere Theorie, in der das Verhalten von Eliten als konstitutiv für die Stabilität demokratischer Institutionen angesehen wird, ist die der *Konkordanzdemokratie* (vgl. u. a. *Lijphart*, 1977; *Steiner*, 1986). Diese hat unter Verweis auf die kleineren europäischen Demokratien die These in Frage gestellt, stabile demokratische Institutionen seien

nur in kulturell homogenen Gesellschaften möglich. Die Niederlande, die Schweiz, Belgien und Österreich (nach dem Zweiten Weltkrieg) werden als Beispiele dafür zitiert, daß soziokulturelle bzw. sozioökonomische Konflikte in einer Gesellschaft durch eine freiwillige Übereinkunft der Eliten verschiedener Subkulturen überbrückt werden können. Dies beinhaltet unter anderem eine gegenseitige Anerkennung des Existenzrechts dieser Subkulturen, denen eine weitgehende Autonomie bei der Verwaltung ihrer inneren Angelegenheiten zugestanden wird, sowie das Übereinkommen, anstehende Entscheidungen *einvernehmlich* zu regeln. Zwar sind viele der Annahmen dieser Theorie problematisch (vgl. dazu die Kritik von Halpern, 1986), jedoch ist ihre Grundthese von der überragenden Bedeutung von Eliten für die Stabilität demokratischer Institutionen in den genannten Ländern unbestritten.

In eine ähnliche Richtung gehen neuere Untersuchungen über *Redemokratisierungsprozesse*, vor allem in Lateinamerika. In diesen Untersuchungen wird auf die Bedeutung freiwilliger Elitenvereinbarungen (*elite settlements*) für solche Prozesse hingewiesen, in denen sich ähnlich wie in Konkordanzdemokratien die Führer verschiedener Parteien und Interessengruppen auf eine einvernehmliche Machtteilung einigen (vgl. O'Donnell und Schmitter, 1986: 37–47; Burton und Higley, 1987 b). Schließlich ist hier auch noch die ältere „Theorie der demokratischen Elitenherrschaft“ zu nennen, die dem Elitenpluralismus und der Anerkennung demokratischer Spielregeln durch die Eliten eine wichtige Rolle bei der Aufrechterhaltung stabiler demokratischer Institutionen zuschreibt. Diese ist eng mit den Namen von Karl Mannheim, Joseph Schumpeter, Giovanni Sartori und in der Bundesrepublik Otto Stammer verbunden (vgl. Stammer, 1951; Bottomore, 1966: Kap. 6; Bachrach, 1970; Joseph, 1981).

Die theoretische Diskussion über die Rolle von Eliten für den Demokratisierungsprozeß und die Aufrechterhaltung demokratischer Institutionen haben einen entscheidenden Beitrag zur Entwicklung einer empirischen Demokratietheorie geleistet. Ihre Schwäche liegt allerdings in einer pauschalen Gegenüberstellung von Eliten und Nicht-Eliten, die einem differenzierteren Verständnis abträglich ist. Beschränkt man den Elitebegriff nämlich auf die etablierten Machträger, so ist offenkundig, daß historische Demokratisierungsprozesse unauflöslich mit der Mobilisierung zuvor von politischer Macht ausgeschlossener Bevölkerungsgruppen gegen die etablierten Eliten verbunden gewesen sind. Diese Mobilisierung erfolgte zwar durch kleine Gruppen von Aktivisten, die in der Regel der Mittelschicht oder zumindest der „Arbeiterelite“ angehörten. Es wäre jedoch analytisch nicht sehr ergiebig, diese als „Eliten“ zu bezeichnen. Damit würde der Elitebegriff so ausgedehnt, daß grundsätzlich alle politischen Akteure darunterfallen und sich Machtkonflikte zwischen Gruppen mit unterschiedlichen Positionen in der Machtstruktur theoretisch nicht mehr fassen ließen.

Elitetheorien bilden sich entlang der Frage nach Machtkonzentration und Interessengleichheit von Eliten

Es gibt eine große Zahl sozialwissenschaftlicher Arbeiten über Machtstrukturen in industriellen Demokratien, die zu durchaus unterschiedlichen, vielfach auch widersprüchlichen Schlüssen über deren Charakter kamen. Am meisten Aufmerksamkeit hat dabei die Kontroverse zwischen Machtelitetheoretikern (*Mills*) und Pluralismustheoretikern (u. a. *Dahl*, *Keller*, *Prewitt* und *Stone*) gefunden. Die zentrale Frage der meisten dieser Ansätze ist dabei die nach dem *Verhältnis von ökonomischer und politischer Macht*, die aus der engen Assoziation von Demokratie und Kapitalismus resultiert (vgl. *Lindblom*, 1977: Kap. 12; *Dahl*, 1982: 108; *Weede*, 1988).

Unter elitetheoretischem Aspekt lassen sich die verschiedenen Ansätze nach dem Ausmaß der von ihnen postulierten *Konzentration gesellschaftlicher Macht* sowie nach dem Grad der *Interessenhomogenität der Elite* einer Gesellschaft klassifizieren. Theorien der *Klassenherrschaft*, *neo-marxistische* Theorien sowie *Machtelitetheorien* konstatieren einen hohen Grad von Machtkonzentration und eine weitgehende Interessenidentität der Elitemitglieder, identifizieren jedoch unterschiedliche Mechanismen, auf denen die Dominanz der Eliten beruht. *Theorien der Klassenherrschaft* (zum Beispiel *Domhoff* und *Miliband*) gehen davon aus, daß eine ökonomisch herrschende Klasse den Zugang zu den Machtpositionen in einer Gesellschaft kontrolliert und sich damit auch ihre politische Vorherrschaft sichert. *Neo-marxistische Theorien* (u. a. *Offe*) analysieren demgegenüber die strukturellen Voraussetzungen für die Durchsetzung der Verwertungsinteressen des Kapitals, die jedoch nicht mit den Interessen einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe gleichgesetzt werden. Vielmehr geht es diesen Theorien um den Nachweis, daß in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem die Sicherung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen es notwendig macht, daß auch demokratisch gewählte Regierungen – selbst sozialdemokratische bzw. sozialistische – Kapitalinteressen begünstigen. *Machtelitetheorien* (vor allem *Mills*) schließlich betonen die Interessengemeinsamkeiten der Inhaber strategischer Führungspositionen in modernen Demokratien, die zur Entstehung und Aufrechterhaltung einer kohäsiven Elite beitragen.

Demgegenüber gehen die klassischen *Pluralismustheorien* von einer *Machtbalance* zwischen verschiedenen Interessengruppen aus, die die Vorherrschaft einer einzelnen Gruppe verhindert und in der der gewählten politischen Führung die Aufgabe zukommt, *Kompromisse* zwischen verschiedenen Interessen zustandezubringen (zum Beispiel *Dahl*, 1961; *Polsby*, 1963). Als neuere Variationen der Pluralismustheorie können die *revisionistisch-pluralistische Theorie* (zum Beispiel *Dahl*, 1982; *Lindblom*, 1977) sowie *liberal-korporatistische*

Theorien (u. a. Lehmbruch, 1979) gelten. Beide haben die Vorstellung einer Machtbalance zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Interessen aufgegeben. Während die erste Richtung die strukturellen Vorteile betont, die wirtschaftliche Interessengruppen gegenüber anderen genießen, sieht die zweite Vorteile für alle hochorganisierten und zentralistisch geführten Verbände. Letzteres führt zu einer engen Kooperation staatlicher Organe beispielsweise mit Industrieverbänden, Gewerkschaften, aber auch mit den Verbänden des Gesundheitswesens usw., während weniger straff organisierte Interessen weit weniger Berücksichtigung finden.

Die meisten der neueren Arbeiten – gleich welcher Richtung – sind sich einig darin, den *wirtschaftlichen* Interessengruppen eine privilegierte Machtstellung zuzuschreiben. Sie betonen hingegen unterschiedliche *Faktoren, die für diese Privilegierung verantwortlich* sind. Zudem unterscheiden sie sich darin, ob ihr Augenmerk ausschließlich den *Durchsetzungschancen* wirtschaftlicher Interessen gilt oder ob sie der breiteren Fragestellung nach dem *Verhältnis von staatlicher und gesellschaftlicher Macht* nachgehen.

Der Druck der Basis und die Notwendigkeit zu Kooperation und Kompromiß

Die verschiedenen theoretischen Ansätze über Machtstrukturen in entwickelten westlichen Demokratien haben die wesentlichen Faktoren aufgezeigt, die bei der Analyse von Machtstrukturen zu berücksichtigen sind:

- Die Mechanismen zur Aufrechterhaltung bestehender *Privilegienstrukturen*;
- Den Grad der *Konzentration* von gesellschaftlicher und politischer Macht;
- Die strukturelle Privilegierung von *Kapitalinteressen*;
- Das Ausmaß der *Monopolisierung* von Einfluß auf Entscheidungsprozesse durch etablierte Institutionen und Organisationen;
- Das Ausmaß der Berücksichtigung der *Interessen der nicht-organisierten* Bürger in politischen Entscheidungsprozessen.

Diese konkreten Fragestellungen lassen sich auf *drei fundamentale Untersuchungsdimensionen* reduzieren, die die gesamtgesellschaftliche Rolle von Eliten betreffen:

- die Beziehungen zwischen *Eliten und Nicht-Eliten*,
- das Ausmaß der *Elitenintegration* sowie
- das *Verhältnis von gesellschaftlicher und politischer Macht*.

Unter der Annahme, daß Demokratie in Nationalstaaten immer nur als *repräsentative* Demokratie denkbar ist (vgl. dazu *Dahl, 1982; Sartori, 1987: 65f.*), erfordert eine funktionierende Demokratie die Berücksichtigung von zwei Aspekten gesellschaftlicher Integration.

Vertikale Integration betrifft das Ausmaß, zu dem die Eliten die Interessen und Forderungen der Nicht-Eliten repräsentieren, während *horizontale Integration* das Ausmaß der Kooperation auf Eliten-ebene meint. Diese beiden Dimensionen werden im folgenden als *Repräsentation* bzw. als *Elitenintegration* bezeichnet. Ein großer Teil der demokratietheoretischen Kontroversen empirischer wie normativer Art bezieht sich auf die Balance zwischen diesen beiden Dimensionen. Es liegt auf der Hand, daß beide nicht gleichzeitig maximiert werden können.

Die große Zahl der Organisationen, die an strategischen Entscheidungsprozessen in modernen Demokratien partizipieren, bedingt, daß die Eliten eine Vielzahl heterogener Interessen repräsentieren, was sich in einem entsprechend vielfältigen Meinungsspektrum niederschlägt. (Dies gilt unbeschadet des Machtgefälles, das zwischen verschiedenen Interessengruppen und Eliten existiert.) Zudem unterliegen sie der ständigen Kontrolle durch ihre eigene Organisation, und ihre Abberufbarkeit setzt den Möglichkeiten ihrer Verselbständigung Grenzen. Gleichzeitig haben Eliten jedoch immer die Tendenz, sich gegenüber ihrer Basis zu emanzipieren, deren Forderungen sie als Einschränkung ihrer Entscheidungsfreiheit empfinden. Insofern existiert das bereits weiter oben angesprochene Spannungsverhältnis von Eliten und Demokratie auch in repräsentativen Demokratien. Eine totale *Rückbindung* der Eliten an die in jeder Gesellschaft vorhandenen unterschiedlichen und oftmals antagonistischen Interessen würde jedoch auch deren Fähigkeit zur Kooperation und Konsensbildung untergraben, die erforderlich ist, um bindende kollektive Entscheidungen zu fällen. Die Teilnahme von Elitemitgliedern an kollektiven Entscheidungsprozessen bedingt daher die Existenz eines relativ dichten Netzwerks von Interaktionen mit anderen Elitemitgliedern. Dies führt zwangsläufig zu einer gewissen Angleichung der Rollenauffassungen, die Unterschiede zwischen den einzelnen Organisationen transzendiert. Es begünstigt auch die Neigung von Eliten, in ihrem Entscheidungsverhalten mehr den Ausgleich der Interessen der verschiedenen beteiligten Organisationen sowie die aggregierten Effekte von Entscheidungen als die Auswirkungen dieser Entscheidungen auf den einzelnen Bürger zu berücksichtigen. Diese Neigung gibt wiederum der häufig geäußerten öffentlichen Kritik an Elitenkompromissen Nahrung, die den Eliten vorwirft, fundamentale Organisationsinteressen zugunsten einer Elitenkooperation zu „verraten“.

Demokratische Eliten unterliegen also fortwährend den beiden gegenläufigen Imperativen des Drucks von der Basis und der Notwendigkeit zur Kooperation mit anderen Eliten. Während der erste dieser Imperative von ihnen fordert, heterogene Interessen zu repräsentieren und die Differenzen zu anderen Eliten zu akzentuieren, führt der zweite sie in Versuchung, die Interessen ihrer eigenen Organisationsbasis zugunsten von Übereinkommen auf Eliteebene zu vernachlässigen. Die Allgegenwart und Gegenläufigkeit dieser beiden

Mechanismen macht die Suche nach einem Optimum zu einem permanenten Balanceakt.

Vier Typen demokratischer Eliten

Eine Kreuztabellierung der beiden Dimensionen gesellschaftlicher Integration ergibt vier unterschiedliche Typen demokratischer Eliten:

	Elitenintegration	
Repräsentation	hoch	niedrig
hoch	etabliert-demokratische Elite	pluralistische Elite
niedrig	Machtelite	desintegrierte Elite

Alle vier Elitekonfigurationen sind mehr als *Tendenzen* denn als Realtypen zu verstehen. Eine reale Elite wird bestenfalls temporär einem von ihnen voll entsprechen. Dies gilt insbesondere für den Typ der desintegrierten Elite, der in erster Linie der analytischen Vollständigkeit halber eingeführt worden ist. Ein solcher Elitetyp ist allenfalls in Zeiten eines rapiden gesellschaftlichen Umbruchs zu erwarten, in denen die traditionellen Mechanismen sowohl der Interessenartikulation von unten als auch der Elitenkooperation zusammengebrochen sind. Dagegen kann man den Typus der etabliert-demokratischen Elite als den Idealtypus einer demokratischen Elite bezeichnen, der eine optimale Balance zwischen den beiden Integrationsdimensionen repräsentiert.

Das Verhältnis von gesellschaftlicher und politischer Macht

Die dritte wichtige Dimension betrifft die Rolle des „Staates“, das heißt politischer Instanzen. Viele empirische Eliteuntersuchungen, besonders solche mit einem primären Interesse an Fragen der politischen Repräsentation, beschränken sich auf die Analyse politisch-administrativer Eliten. Dies mag zwar für einige Fragestellungen sinnvoll sein, wird aber problematisch, sobald das Interesse sich auf Machtstrukturen und politische Entscheidungsprozesse richtet. Es liegt auf der Hand, daß dann neben den gewählten Politikern und der von ihnen kontrollierten öffentlichen Verwaltung noch eine Vielzahl anderer Organisationen berücksichtigt werden muß. Der Einfluß dieser Organisationen beruht auf ihren gesellschaftlichen Machtressourcen und ist im Regelfall nicht durch demokratische Wahlen legitimiert. Da die Autorität für den Erlass bindender gesamtgesellschaftlicher

Entscheidungen jedoch bei demokratisch gewählten politischen Organen liegt, ist die Frage der Autonomie der Politik (des „Staates“) von entscheidender Bedeutung für die Beurteilung des demokratischen Charakters eines politischen Systems.

Im *pluralistischen* Modell sind die politischen Institutionen als eine Arena konzipiert, die der *Ausbalancierung* der Interessen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen dient. *Marxistische* Modelle hingegen betonen die *Interessengebundenheit* staatlichen Handelns. Keines dieser gesellschaftszentrierten Modelle billigt dem „Staat“ die Möglichkeit zur Abweh rung gesellschaftlicher Forderungen, geschweige denn zur Entwicklung eigenständiger Interessen und Präferenzen zu. *Nordlinger* diskutiert demgegenüber eine große Anzahl von Strategien, die staatlichen Instanzen zur Verfügung stehen, um Ansprüche gesellschaftlicher Interessengruppen *abzuwehren* bzw. zu neutralisieren (1981: 109–117). Zudem weist er auf die Möglichkeit hin, daß *staatliche Instanzen eigene Präferenzen entwickeln* (1981: 31–38). In Auseinandersetzung mit Elitetheorien, die von einer Elite-Masse-Dichotomie ausgehen und die Macht der Eliten ausschließlich auf die Apathie der Nicht-Eliten zurückführen, entwickelt er ein Modell mit drei Typen von Akteuren: staatlichen Eliten (*public elites*), nicht-staatlichen bzw. gesellschaftlichen Eliten (*private elites*) und *Nicht-Eliten*. Eine seiner Hauptannahmen ist, daß staatliche Eliten ihre eigenen Präferenzen nicht nur gegenüber den Nicht-Eliten, sondern auch gegenüber den gesellschaftlichen Eliten durchzusetzen vermögen (1981: 211).

Die Unterscheidung zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Eliten ebenso wie die Annahme, daß staatliche Eliten in der Lage sind, eigene Präferenzen zu entwickeln und durchzusetzen, sind zentral für ein differenziertes Verständnis des politischen Prozesses. Dabei ist zusätzlich zu betonen, daß *Nordlingers* Konzept des Staates, im Gegensatz zu vielen marxistischen Theorien, ohne die Annahme einer ontologischen „Einheit“ des Staates auskommt (1981: 15). *Konflikte zwischen verschiedenen staatlichen Organisationseinheiten* werden ausdrücklich in sein Modell mit einbezogen. Zudem lassen sich die staatlichen Eliten noch weiter unterteilen in *politische Eliten im engeren Sinne*, das heißt Politiker in Parteien, Parlamenten und Regierungen einerseits, und *administrative Eliten*, das heißt führende Beamte andererseits. Diese Unterscheidung ist fundamental für Untersuchungen, die sich mit der Frage der vertikalen Integration in Demokratien befassen, da nur die politischen Eliten, nicht jedoch die Beamten direkter demokratischer Kontrolle unterliegen.

Möglichkeiten und Grenzen empirischer Elitforschung

Empirische Studien über nationale Eliten haben in den Sozialwissenschaften eine lange Tradition. Die erhobenen Informationen variieren

dabei je nach theoretischer Fragestellung und Zugangsmöglichkeiten zu ihrem Forschungsobjekt. Sie lassen sich hauptsächlich in drei Kategorien einordnen:

- *Soziale Charakteristika* und *Karrieremuster*. Informationen über diese Merkmale sind am leichtesten zugänglich (in der Regel in Handbuchform) und stehen daher auch über solche Eliten zur Verfügung, zu denen der Forscher keinen direkten Zugang hat, zum Beispiel für historische Eliten.
- *Perzeptionen* und *Einstellungen*, zum Beispiel Rollenverständnis, Demokratieverständnis, Einstellungen zu politischen Streitfragen. Diese können nur mittels einer direkten Befragung von Eliten erhoben werden.
- Netzwerkinformationen über *Kontaktmuster* auf Elitenebene. Diese umfassen sowohl allgemein zugängliche Informationen über Positionsverflechtungen von Individuen (*Ämterkumulation*) oder zwischen Organisationen (*interlocking directorates*) als auch mittels Befragung erhobene Informationen über persönliche oder institutionelle Kontakte von Eliten.

Der deskriptive Wert solcher Informationen liegt auf der Hand. So können die Ergebnisse empirischer Eliteforschung ganz generell als Informationen über wichtige Aspekte gesellschaftlicher Ungleichheit sowie über Machtstrukturen betrachtet werden⁷⁾.

Demgegenüber wird der *theoretische Wert* dieser Forschung vielfach gering geschätzt. Dabei ist hauptsächlich kritisiert worden, sie trage kaum zur Beantwortung der durch die klassischen Elitetheorien aufgeworfenen Fragen bei. Sowohl *Rustow* (1966) als auch *Burton* und *Higley* (1987 a: 219) kritisierten die relativ theorielose Anhäufung empirischer Daten über Eliten, die von den beiden letztgenannten Autoren als triviale soziale Korrelate des Elitestatus bzw. als zeitgebundene Einstellungsdaten von nur geringer Bedeutung für ein vertieftes Verständnis der Bedeutung von Eliten für gesellschaftliche Entwicklungen charakterisiert wurden.

Es ist kein Zufall, daß diese Kritik der an anderen Zweigen der empirischen Sozialforschung ähnelt. In all diesen Fällen werden die Ergebnisse empirischer Forschung an ihrem Beitrag zur Überprüfung *globaler Gesellschaftstheorien* gemessen. Da dieser oft nicht unmittelbar auf der Hand liegt, wird dann die theoretische Bedeutung empirischer Forschung generell in Frage gestellt. Eine adäquate Beurteilung des theoretischen Nutzens der empirischen Eliteforschung ist letztlich jedoch nur bei einer differenzierteren Betrachtung möglich, die verschiedene *Typen von Theorien* unterscheidet:

- Theorien, die Aussagen über *soziologische Universalien* beinhalten, vor allem die These von der Universalität von Herrschaft und Eliten. Da sie sich mit invarianten gesellschaftlichen Phänomenen befassen, sind solche Theorien allerdings theoretisch nicht sehr ergiebig.
- Theorien über *globale gesellschaftliche Entwicklungsprozesse*. Dazu gehört zum Beispiel die Frage, ob Eliten heute mächtiger

sind als früher bzw. ob sich der Abstand zwischen Nicht-Eliten und Eliten verringert oder vergrößert hat (zum Beispiel Schade, 1987; Keller, 1964). Auch die These des Zusammenhangs zwischen gesellschaftlichem Differenzierungsgrad und dem Charakter der Machtorganisation (Scheuch, 1973) gehört zu diesem Theorietyp. Zwar sind solche Fragen prinzipiell empirisch entscheidbar, aber ihr globaler Charakter und der daraus resultierende Komplexitätsgrad ihrer Annahmen machen es schwierig, geeignete Indikatoren für ihre zentralen Variablen zu finden und damit die theoretischen Fragestellungen zufriedenstellend zu beantworten.

- Theorien über den *Zusammenhang zwischen bestimmten sozialstrukturellen oder politischen Faktoren einerseits und Merkmalen von Eliten andererseits*, wie zum Beispiel die oben skizzierten Theorien über die Rolle von Eliten für die Stabilität demokratischer Institutionen oder über den Zusammenhang zwischen dem Wandel sozioökonomischer Strukturen und der Elitestruktur. Diese Theorien sind weniger global und daher empirisch leichter überprüfbar als die zuvor genannten. Ihre Überprüfung setzt jedoch Längsschnittdaten oder internationale Vergleichsdaten voraus. In Eliteuntersuchungen wird zudem nur ein Teil der im theoretischen Zusammenhang bedeutsamen Faktoren erhoben, nämlich die Merkmale von Eliten, nicht jedoch beispielsweise der Grad der Stabilität der demokratischen Ordnung oder sozioökonomische Strukturmerkmale. Nationale Querschnittsuntersuchungen von Eliten können daher immer nur Bausteine zur Überprüfung dieser Theorien liefern.
- Als vierter Typ sind schließlich *sozialwissenschaftliche Theorien* zu nennen, die sich *nicht ausschließlich auf Eliten* beziehen, ja möglicherweise überhaupt keine Aussagen über Eliten machen, die jedoch Zusammenhänge zwischen Variablen postulieren, die auch für das Verhalten von Eliten von Bedeutung sind. Hierzu gehören zum Beispiel Theorien über politische Partizipation, über Wahlverhalten, über soziale Mobilität und Karrieremuster, über politische Repräsentation usw. Empirische Eliteuntersuchungen sind zur Überprüfung solcher Theorien besonders gut geeignet, da Eliten sozusagen eine *Extremgruppe* darstellen, an der sich solche Theorien bewähren müssen, um als empirisch abgesichert gelten zu können.

Eine solchermaßen differenzierte Betrachtung erlaubt eine realistischere Beurteilung des theoretischen Werts empirischer Querschnittsuntersuchungen nationaler Eliten als Pauschalurteile dies vermögen. Sie zeigt, daß die erhobenen Daten in vielerlei theoretischen Zusammenhängen relevant sein können. Zugleich zeigt sie jedoch auch, daß ihre unmittelbare theoretische Bedeutung hauptsächlich auf Fragestellungen des vierten Typs beschränkt ist. Die Überprüfung globaler Elitetheorien des zweiten Typs ist demgegenüber aus den oben genannten Gründen schwierig. Theorien des dritten Typs sind in der Mitte zwischen diesen Extremen angesiedelt.

Viele empirische Elitestudien verfolgen allerdings tatsächlich eine in

erster Linie *deskriptive* Zielsetzung. Dies gilt insbesondere für Studien zur sozialen Rekrutierung von Eliten (zum Beispiel von *Beyme*, 1971; *Kaltfleiter*, 1976; *Hoffmann-Lange* und *Schönbach*, 1979) sowie für einige Einstellungsuntersuchungen (zum Beispiel *Deutsch* und *Edinger*, 1959; *Deutsch et al.*, 1967). Oft dienen solche Studien lediglich dem Zweck, „Vermutungen und Tendenzen über Struktur und Dynamik von Führungsgruppen zu präzisieren und zu quantifizieren“ (*Zapf*, 1965: 203), das heißt sie versuchen, den Realitätsgehalt von Annahmen über bestimmte Eliten zu bestimmen. Damit können sie unter Umständen helfen, verbreitete Fehlmeinungen zu korrigieren. Ihr theoretischer Nutzen erweist sich demgegenüber erst, wenn sie in einen breiteren theoretischen Kontext gestellt werden⁸⁾.

Literaturhinweise

- Albert, Hans, 1986: Freiheit und Ordnung. Der europäische Beitrag zur Lösung der ordnungspolitischen Probleme. In: Max Kaase (Hrsg.), *Politische Wissenschaft und politische Ordnung*. Opladen: Westdeutscher Verlag: 61–69.
- Bachrach, Peter, 1970: Die Theorie demokratischer Elitenherrschaft. Eine kritische Analyse. Frankfurt: Europäische Verlagsanstalt.
- Bachrach, Peter, Morton S. Baratz, 1962: Two Faces of Power. *American Political Science Review*, Vol. 56: 947–952.
- Beyme, Klaus von, 1971: Die politische Elite in der Bundesrepublik Deutschland. München: Piper.
- Bottomore, T. B., 1966: *Elite und Gesellschaft*. München: C. H. Beck.
- Burton, Michael G., John Higley, 1987a: Invitation to Elite Theory: The Basic Contentions Reconsidered. In: G. William Domhoff, Thomas R. Dye (Hrsg.), *Power Elites and Organizations*. Newbury Park: Sage Publications: 219–238.
- Burton, Michael G., John Higley, 1987b: Elite Settlements. *American Sociological Review*, Vol. 52: 295–307.
- Dahl, Robert A., 1961: *Who Governs?* New Haven: Yale University Press.
- Dahl, Robert A., 1982: *Dilemmas of Pluralist Democracy*. New Haven: Yale University Press.
- Deutsch, Karl W., Lewis J. Edinger, 1959: *Germany Rejoins the Powers*. Stanford: Stanford University Press.
- Deutsch, Karl W., Lewis J. Edinger, Roy C. Macridis, Richard L. Merrit, 1967: *France, Germany and the Western Alliance*. New York: Charles Scribner's Sons.
- Domhoff, G. William, 1983: *Who Rules American Now? A View for the '80s*. New York: Simon & Schuster.
- Felber, Wolfgang, 1986: *Elitforschung in der Bundesrepublik Deutschland*. Stuttgart: B. G. Teubner.
- Field, G. Lowell, John Higley, 1983: *Eliten und Liberalismus*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Field, G. Lowell, John Higley, 1985: National Elites and Political Stability. In: Gwen Moore (Hrsg.), *Research in Politics and Society*, Vol. 1 (Studies of the Structure of National Elite Groups). Greenwich: JAI Press: 1–44.
- Halpern, Sue M., 1986: *The Disorderly Universe of Consociational Democracy*. West European Politics, Vol. 9: 253–268.
- Hoffmann-Lange, Ursula, Klaus Schönbach, 1979: Geschlossene Gesellschaft. Berufliche Mobilität und politisches Bewußtsein der Medienelite. In: Hans Mathias Kepplinger (Hrsg.), *Angepaßte Außenseiter*. Freiburg: Karl Alber: 49–75.
- Joseph, Lawrence B., 1981: Democratic Revisionism Revisited. *American Journal of Political Science*, Vol. 25: 160–187.

- Kaltefleiter, Werner, 1976: *The Recruitment Market of the German Political Elite*. In: Heinz Eulau, Moshe M. Czudnowski (Hrsg.), *Elite Recruitment in Democratic Politics*. New York: John Wiley & Sons: 239–262.
- Kaltefleiter, Werner, 1986: *Die freien Gesellschaften – eine kleine radikale Minderheit?* In: Max Kaase (Hrsg.), *Politische Wissenschaft und politische Ordnung*. Opladen: Westdeutscher Verlag: 70–80.
- Keller, Suzanne, 1963: *Beyond the Ruling Class. Strategic Elites in Modern Society*. New York: Random House.
- Lehmbruch, Gerhard, 1979a: *Consociational Democracy, Class Conflict, and the New Corporatism*. In: Philippe C. Schmitter, Gerhard Lehmbruch (Hrsg.), *Trends Toward Corporatist Intermediation*. Beverly Hills: Sage Publications: 53–61.
- Lehmbruch, Gerhard, 1979b: *Liberal Corporatism and Party Government*. In: Philippe C. Schmitter, Gerhard Lehmbruch (Hrsg.), *Trends Toward Corporatist Intermediation*. Beverly Hills: Sage Publications: 147–183.
- Lepsius, M. Rainer, 1969: *Demokratie in Deutschland als historisch-soziologisches Problem*. In: Theodor W. Adorno (Hrsg.), *Spätkapitalismus oder Industriegesellschaft*. Stuttgart: Enke: 197–213.
- Lijphart, Arend, 1977: *Democracy in Plural Societies*. New Haven: Yale University Press.
- Lindblom, Charles E., 1977: *Politics and Markets*. New York: Basic Books.
- Lukes, Steven, 1974: *Power. A Radical View*. London: Macmillan.
- Miliband, Ralph, 1975: *Der Staat in der kapitalistischen Gesellschaft*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Mills, C. Wright, 1956: *The Power Elite*. London: Oxford University Press.
- Neubauer, Deane E., 1969: *Some Conditions of Democracy*. In: Charles F. Cnudde, Deane E. Neubauer (Hrsg.), *Empirical Democratic Theory*. Chicago: Markham: 224–235.
- Nordlinger, Eric A., 1981: *On the Autonomy of the Democratic State*. Cambridge: Harvard University Press.
- O'Donnell, Guillermo, Philippe C. Schmitter, 1986: *Tentative Conclusions about Uncertain Democracies*. In: Guillermo O'Donnell, Philippe C. Schmitter, Laurence Whitehead (Hrsg.), *Transitions From Authoritarian Rule*. Baltimore: Johns Hopkins University Press. Band IV.
- Offe, Claus, 1973: *Klassenherrschaft und politisches System. Die Selektivität politischer Institutionen*. In: Ders., *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*. 2. Auflage, Frankfurt: Suhrkamp: 65–105.
- Polsby, Nelson W., 1963: *Community Power and Political Theory*. New Haven: Yale University Press.
- Prewitt, Kenneth, Alan Stone, 1973: *The Ruling Elites*. New York: Harper & Row.
- Rustow, Dankwart A., 1966: *The Study of Elites. Who's, Who, When, and How*. *World Politics*, Vol. 18: 690–717.
- Sartori, Giovanni, 1987: *The Theory of Democracy Revisited*. 2 Bde. Chatham: Chatham House Publishers.
- Schade, Angelika, 1987: *Der Weg zur Gleichheit. Thesen und Daten zum Abbau sozialer Ungleichheiten*. Frankfurt: Peter Lang.
- Scheuch, Erwin K., 1973: *Soziologie der Macht*. In: Hans K. Schneider, Christian Watrin (Hrsg.), *Macht und ökonomisches Gesetz. Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F., Band 74/II*. Berlin: Duncker & Humblot: 989–1042.
- Schluchter, Wolfgang, 1963: *Der Elitebegriff als soziologische Kategorie*. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 15: 233–256.
- Stammer, Otto, 1951: *Das Elitenproblem in der Demokratie*. In: Schmolters Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, Jg. 71: 513–540.
- Steiner, Jürg, 1986: *European Democracies*. New York: Longman.
- Weede, Erich, 1988: *'Schleichender Sozialismus', Marktvermachtung und wirtschaftliche Stagnation*. In: Manfred G. Schmidt (Hrsg.), *Staatstätigkeit. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 19*. Opladen: Westdeutscher Verlag: 88–114.
- Zapf, Wolfgang, 1965: *Wandlungen der deutschen Elite*. München: Piper.

Anmerkungen

¹⁾ Immerhin schließt diese Definition bereits eine Vielzahl anderer Elitebegriffe aus, die Eliten über Wissen oder Leistung, ihren Beitrag zur Realisierung gesellschaftlicher Ziele oder über andere Kriterien definieren (vgl. dazu Schluchter, 1963; Felber, 1986).

²⁾ Ein Stellvertreter, der seinen Chef bei einer wichtigen Sitzung vertritt, würde demnach nur dann zur Elite gehören, wenn der Chef die Angewohnheit hat, sich regelmäßig von ihm vertreten zu lassen, nicht jedoch im Falle einer gelegentlichen Vertretung, z. B. wegen einer Erkrankung.

³⁾ Burton und Higley schließen daher, daß Elitetheorien das Potential haben, „to strike a reasonable balance in the debate over structuralist versus voluntarist assumptions“ (1987a: 222).

⁴⁾ Dahl (u. a., 1982) hat daher vorgeschlagen, den Begriff „Demokratie“ durch den präziseren Begriff „Polyarchie“ zu ersetzen.

⁵⁾ Der Begriff „repräsentativ“ wird von ihnen dabei nur lose definiert und umfaßt explizit auch Gesellschaften mit stark eingeschränktem Wahlrecht. Ihr Hauptaugenmerk gilt nämlich mehr dem liberalen Aspekt der Polyarchie – im Sinne von Elitenkonkurrenz – als genuin demokratischen Institutionen.

⁶⁾ Dies kommt in einem späteren Aufsatz derselben Autoren noch klarer zum Ausdruck, in dem sie den Grad der politischen Stabilität von 81 Ländern zu erklären versuchen (1985). Hier wird noch sehr viel deutlicher, daß es ihnen in erster Linie um Fälle einvernehmlicher Machtaufteilung (power sharing) von Eliten und weniger um liberal-repräsentative Institutionen geht. So klassifizieren sie Länder als stabil repräsentativ, deren Zuordnung zu dieser Kategorie äußerst fragwürdig ist und die noch weniger als die bereits angesprochenen Zweifelsfälle demokratischen Kriterien genügen, wie z. B. die Philippinen unter Marcos. Andererseits werden aber Länder, die seit dem Zweiten Weltkrieg regelmäßig allgemeine und freie Wahlen durchgeführt haben, als lediglich „precariously stable representative“ gekennzeichnet, nur weil es dort starke sozialistische oder kommunistische Oppositionsparteien oder ausgeprägte soziokulturelle Konflikte gibt, z. B. Frankreich, Italien, Belgien und Japan.

⁷⁾ Auch wenn die Einschätzung Zapfs nicht mehr zutrifft, die Spitze der Gesellschaft gehöre zu den gesellschaftlichen Tabuzonen (1965: 204), so bleibt sein Plädoyer für den deskriptiven Nutzen der empirischen Eliteforschung zweifellos gültig.

⁸⁾ So können Querschnittsuntersuchungen beispielsweise auch als *ein* Erhebungszeitpunkt in einer Zeitreihe oder als *ein* nationales Beispiel für eine vergleichende Untersuchung dienen.